

# Klimapolitik: Chance verpasst

■ *Brief aus Bern*

**Die Wintersession im Bundeshaus war geprägt von strittigen Debatten. FDP-Nationalrat Peter Schilliger blickt auf einige wesentliche Punkte zurück.**

Peter Schilliger, Nationalrat FDP, Udligenswil

In der Wintersession vom 26. November bis 14. Dezember präsentierte der Bundesrat dem Parlament ein Budget mit einem Ertragsüberschuss von fast 1,3 Milliarden Franken. Dieses wurde vom Parlament weitgehend gutgeheissen. Die Schulden des Bundes können weiter abgebaut werden und die Schuldenbremse wird eingehalten. Die Budgetdebatte war geprägt von Kürzungen in verschiedenen Ämtern und Departementen sowie Aufstockungen für Bildung und Forschung in der Höhe von rund 101 Millionen Franken. Die beschlossenen Mehrausgaben kann ich akzeptieren, da es Investitionen in die Zukunft der Schweiz sind. Beim Kürzen setzte sich der Nationalrat gegenüber dem Ständerat mehrheitlich durch: Der departementsübergreifende Sach- und Betriebsaufwand wurde um knapp 19 Millionen Franken gestutzt. Für die Sozialhilfe für Asylsuchende, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene stellt das Parlament 45 Millionen Franken weniger zur Verfügung als der Bundesrat wollte. Bis zuletzt nicht einig wurden sich die Räte über zusätzliche 1,97 Millionen Franken für die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK). Das Geld wäre für eine Aufstockung um 10 auf 118 Stellen bestimmt gewesen. Die



Peter Schilliger

Mehrheit der Einigungskonferenz hätte diese Aufstockung gewähren wollen, unterlag aber. Im Nationalrat lehnten SVP, FDP und CVP den Antrag der Einigungskonferenz ab, womit der tiefere Betrag ins Budget kommt.

## Uno-Migrationspakt

National- und Ständerat fordern, dass das Parlament entscheiden soll, ob die Schweiz dem Uno-Migrationspakt zustimmt. Beide Kammern stimmten mehreren gleichlautenden Kommissionsmotionen zu, die vom Bundesrat verlangen, dass er den Zustimmungsentscheid zum Migrationspakt dem Parlament in Form eines Bundesbeschlusses unterbreitet. Am Ursprung steht eine Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates. Diese verlangte bereits im Oktober erstmals, man solle handeln. Da dieser Vorstoss

letztlich klar angenommen wurde, wird sich das Parlament vertieft mit dem Migrationspakt befassen können. Eine Mehrheit unserer Fraktion wollte bereits in der Wintersession einen definitiven Verzicht auf die Zustimmung zum Migrationspakt erreichen. Sie stimmte deshalb mehrheitlich zwei Vorstössen aus den Reihen der SVP zu. Jedoch lehnten es beide Ratskammern ab, bereits jetzt einen definitiven Verzichtentscheid zu fällen. Aus meiner Sicht ist der Migrationspakt problematisch, weil seine Forderungen teilweise widersprüchlich, weltfremd oder inkompatibel mit der Schweizer Gesetzgebung sind. Die Schweiz verfügt über ein solides Ausländerrecht mit klaren Aufenthalts- und Niederlassungskriterien. Die Schweizer Migrationspolitik orientiert sich hauptsächlich an den wirtschaftlichen Bedürfnissen unseres Landes. Der Migrationspakt steht dieser Logik entgegen, da er die Migration grundsätzlich erleichtern will, unabhängig von der Qualifikation der migrationswilligen Personen.

## CO<sub>2</sub>-Gesetz

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz wurde vom Nationalrat in der Gesamtabstimmung abgelehnt, dies nachdem wir die Vorlage des Bundesrates in vielen Kommissionssitzungen und stundenlangem Feinarbeit korrigiert und KMU-tauglich gemacht hatten. Bereits in der Kommission waren wenige Stimmen für Detail-Entscheide massgebend. Dass im Rat nun neun von mir vertretene Minderheitsanträge erfolgreich waren, zeigt deutlich auf das knappe Mehrheitsgefüge. Am Ende verhinderte eine unheilige Allianz die

Totalrevision des Gesetzes. Offensichtlich war es für die Linksrünen und die SVP wichtiger, an ihrer ideologischen Verbots- bzw. Blockadepolitik festzuhalten, als sich konstruktiv für die Verbesserung der bewährten Instrumente der Klimapolitik im Inland einzusetzen. Uns Mitte-Politikern hingegen ging es um die Sache. Wir orientierten uns am Ziel des Bundesrates, dass die Schweiz ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis ins Jahr 2030 – im Vergleich zum Jahr 1990 – um 50 Prozent reduziert. Konkret wurde die CO<sub>2</sub>-Abgabe verdoppelt, der CO<sub>2</sub>-Grenzwert für Neuwagen-Importe neu definiert, der Maximalwert der Treibstoffpreiserhöhung (inkl. 20% Treibstoff-Kompensation im Inland) von 5 auf 8 Rappen erhöht und das Gebäudeprogramm bis 2030 verlängert. Unsere Vorschläge, die auf dem Wunsch nach einer flexiblen, marktnahen und umsetzbaren Klimapolitik beruhten, passten den Linken aber nicht. Für mich ist klar: Wir haben eine grosse Chance verpasst. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz kommt nun in den Ständerat, der die Vorlage anhand der Bundesratsanträge neu beraten wird. Er beginnt wieder bei Null. Alles in allem wird die Umsetzung des neuen Gesetzes um mindestens ein Jahr verzögert. Das Preisschild des Nichtstuns wird entsprechend hoch ausfallen. Verantworten muss es die «unheilige Allianz». Vor allem verstehe ich die Linksrünen nicht, verlangen sie doch stets ein Handeln ohne Verzögerung. Ich erlaube mir deshalb die Schlussfrage: Waren die kommenden Wahlen wichtiger als die Erneuerung der Schweizer Klimapolitik?

## Anlass für betreuende und pflegende Angehörige – jetzt anmelden!

Am 14. Februar 2019 findet in der Stadt Luzern die erste Veranstaltung für Personen statt, die Angehörige pflegen und betreuen. Interessierte können sich jetzt anmelden. Die Veranstaltung «Für sich und andere sorgen» bietet im Rahmen eines abwechslungsreichen Programms die Möglichkeit, Unterstützungs- und Entlastungsangebote kennenzulernen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Der Kanton Luzern organisiert zur Wertschätzung und zum Informationsaustausch in den Jahren 2019 bis 2021 jährlich eine Veranstaltung für betreuende und pflegende Angehörige. Die erste Veranstaltung «Für sich und andere sorgen» findet am 14. Februar 2019 in der Stadt Luzern statt. Auf dem Programm stehen ein Fachreferat, Unterhaltung sowie Informationen über Unterstützungs- und Entlastungs-

möglichkeiten. Der Anlass soll Gelegenheit bieten, sich bei Kaffee und Kuchen mit anderen pflegenden oder betreuenden Angehörigen auszutauschen.

Interessierte können sich jetzt anmelden. Die Einladung mit Programm und Anmeldung finden Sie unter [disg.lu.ch](http://disg.lu.ch). Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldeschluss ist am Montag, 4. Februar 2019.

## Unterstützung bei Fragen

Interessierte, die Fragen zum Anlass haben oder Hilfe bei der Organisation eines Entlastungsangebots (Betreuung, Fahrdienst, etc.) für den 14. Februar 2019 benötigen, erhalten kompetente Auskunft und Beratung unter der Telefonnummer: 041 226 11 90 (Montag bis Freitag, 8.00 bis 11.30 Uhr und 14.00 bis 17.00 Uhr zum Ortstarif).